

Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern
Monbijoustrasse 61
Postfach 2947
3001 Bern
T 031 370 07 90
bern@spbe.ch
www.spbern.ch



Gemeinderat der Stadt Bern
Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach
3000 Bern 8

Bern, 29. Juni 2020

Projekt «Kooperation Bern»: Konsultation zur Machbarkeitsstudie und zum Projekt

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident
Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die SP Stadt Bern begrüsst es grundsätzlich, wenn Agglomerationsgemeinden mit der Stadt Bern fusionieren wollen. Das Ziel muss sein, aus einer in vielen Lebensbereichen zusammengewachsenen Region einen politisch und wirtschaftlich einheitlichen Raum zu schaffen, welcher an Handlungsspielraum und an Gewicht gegenüber Bund und Kanton gewinnt. Dabei sollen das politische Handeln und Wirken von sozialer und ökologischer Verantwortung sowie gesellschaftlicher Offenheit geleitet und geprägt sein.

Dank einem überparteilichen Vorstoss im Gemeindeparlament Ostermundigen zugunsten der Fusion von Ostermundigen und Bern kam eine Diskussion über diese Zukunftsfrage in Gang, die erfreulicherweise weitere Gemeinden der Region Bern erfasst und mit der vorliegenden Machbarkeitsstudie Kooperation Bern einen wichtigen Meilenstein erreicht hat.

Generelle Würdigung

Die Machbarkeitsstudie zeigt, dass die Vorteile einer Fusion überwiegen. Durch eine Fusion werden Beteiligung und Mitbestimmung der Bevölkerung im funktionalen Lebens- und Arbeitsraum möglich. Eine mit Agglomerationsgemeinden fusionierte Stadt wird an Handlungsspielraum gewinnen. Die SP Stadt Bern teilt die Einschätzung der Studie, dass es sich bei einer Fusion um ein langfristiges Projekt handelt. Neben dem Zugewinn an Partizipation stehen für uns die folgenden Vorteile einer Fusion im Vordergrund:

- mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Kohärenz bei der Raum- und Verkehrsplanung;
- bessere und mehr öffentliche Dienstleistungen;

- Vereinfachung von Abläufen in Politik und Verwaltung dank Wegfall von unnötigen Schnittstellen und Doppelspurigkeiten;
- Gewinn an Bedeutung und überregionaler Ausstrahlung für die Kulturstadt Bern.

Noch bedeutsamer als diese und weitere Vorteile im Einzelnen ist die *positive Dynamik*, die der Fusionsprozess seit Beginn ausgelöst hat und die sich mit einem allenfalls positiven Entscheid zugunsten der Fusion spürbar verstärken dürfte. Basis für das Gelingen der Fusion ist ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit in der Bevölkerung.

Die Studie dient als faktenbasierte Grundlage für die weiteren Diskussionen, zeigt aber auch noch Klärungsbedarf auf, der im Rahmen der Fusionsverhandlungen angegangen werden muss und kann. Im Folgenden nehmen wir gern im Detail Stellung zu einigen in der Studie bearbeitete Themen.

Politische Strukturen

Die Fusion von Bern und umliegenden Gemeinden überwindet die Fragmentierung der Stadtregion Bern und ermöglicht der Bevölkerung dieser Region, ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse politisch zu gestalten.

Wenn bisher selbständige Gemeinden mit der Stadt Bern fusionieren, ist damit aber auch ein Verlust von Nähe und direktem Einfluss auf das lokale Geschehen verbunden. Den berechtigten Bedenken der Bevölkerung von fusionierten Gemeinden, dass ihre Anliegen in der grossen Stadt Bern «untergehen» werden, kann und soll die Stadt Bern mit wirksamen Massnahmen entgegenwirken. Zu denken ist dabei an garantierte Sitze in Exekutive und / oder Legislative während einer Übergangszeit, an die bürgernahe Organisation der Verwaltung und an die Stärkung der Stadtteil- und Quartierdemokratie.

- **Gemeinderat:** Ab dem Zeitpunkt der Fusion der Stadt Bern mit Ostermündigen soll der Gemeinderat der Stadt Bern wieder sieben Mitglieder haben. Während ein bis zwei Amtsperioden muss einer dieser sieben Sitze für die Vertretung von Ostermündigen garantiert werden, damit das lokale Wissen und die Anliegen der fusionierten Gemeinde auf Stufe der städtischen Exekutive einfließen.
Die Vergrösserung des Gemeinderats führt zu einer breiteren Repräsentanz der Bevölkerung in diesem Gremium. Mit einer Verwaltungsreform könnte die Grösse der sieben Direktionen besser ausgeglichen werden.
- **Stadtrat:** Auch im Stadtrat soll während einer Übergangszeit von ein bis zwei Legislaturperioden eine der Bevölkerung entsprechende Anzahl Sitze für Ostermündigen und für allfällige weitere fusionierte Gemeinden reserviert werden.
- **Wahlkreise:** Die definitive Schaffung von Wahlkreisen auf dem ganzen Stadtgebiet hätte zwar den Vorteil, dass die Bevölkerung dieser Kreise proportional im Stadtrat vertreten wäre. Das Modell hat aber auch schwerwiegende Nachteile: Die Wahlberechtigten könnten nur die politischen Vertreterinnen und Vertreter ihres eigenen Wahlkreises und nicht des ganzen Stadtgebietes wählen. Dies käme wieder einer Fragmentierung der Stadt gleich und es bestünde die Gefahr, dass lokale Interessen zu sehr in den Fokus rückten. Wahlkreise würden ausserdem kleineren Parteien den Einzug ins Stadtparlament erschweren und damit dessen Repräsentativität schwächen. Aus diesen Gründen lehnt die SP Stadt Bern die Einrichtung von definitiven Wahlkreisen in der Stadt Bern ab.
- **Stadtteilpartizipation:** In einer grösseren Stadt spielt sich das soziale und politische Leben nicht nur auf der gesamtstädtischen Ebene, sondern auch in den Stadtteilen und Quartieren ab. Mit geeigneten Gefässen der Partizipation und des sozialen Austausches erhält die

Quartierbevölkerung Mitwirkungsmöglichkeiten an Entscheiden, von welchen sie direkt betroffen ist. Dadurch wird die Identifikation mit dem Quartier und der soziale Zusammenhang gestärkt.

- Der bedeutende Teil der Bevölkerung, der in der Region Bern lebt und Steuern bezahlt, aber **nicht stimmberechtigt** ist, muss in den Prozess der Mitwirkung bei Gemeindefusionen einbezogen werden. Diese Personen sollen auch bei der Stadtteilpartizipation angemessen mitdiskutieren und mitentscheiden können.

Leistungen der Gemeinde und Nähe zur Bevölkerung

Öffentliche Dienstleistungen (Verwaltung, Schulen, Betreuungsangebote für Kinder und Betagte, Infrastrukturen für Wasser, Energie etc.) sollen nach einer Fusion für alle Bewohnerinnen und Bewohner mindestens auf dem bisherigen Stand und in gleicher Qualität angeboten werden. Dabei soll grundsätzlich das Prinzip gelten: 'Angleichung nach oben'. Neuerungen bei Verwaltung und städtischen Dienstleistungen haben stets zum Ziel, den Service public zu verbessern beziehungsweise einem Bedürfnis der Bevölkerung zu entsprechen.

Grundsätzlich sollen nur Dienstleistungen in Bern zentralisiert werden, die keine Nähe zu den Einwohnerinnen und Einwohnern bedingen und deren Zusammenlegung Vorteile generiert. Dienstleistungen, bei denen eine solche Nähe wichtig ist, sollen in geeigneter Form dezentral erbracht werden: sei es in neuen oder in heute schon bestehenden Stadtteilen. Diese Präsenz vor Ort ist beispielsweise beim Sozialdienst, soziokulturellen Angeboten, der Abfallentsorgung oder bei administrativen Dienstleistungen wie den Einwohnerdiensten, bei Adressänderungen oder dem Bezug von Tageskarten wichtig. Durch dieses Angebot kann sichergestellt werden, dass die Distanz zwischen der Bevölkerung und Behörden und Verwaltung infolge der Fusion nicht unnötig zunimmt. Diese Leistungen liessen sich mit dem heute eingesetzten Personal problemlos weiter vor Ort anbieten. Auch der Ausbau der Online-Dienstleistungen kann den Verkehr mit Amtsstellen vereinfachen, wobei sich die nötigen Investitionen in einer fusionierten Stadt auf mehr Schultern verteilen lassen.

Personal

Die Arbeitsbedingungen für das Personal dürfen sich nicht verschlechtern, und die Sozialpartner sind am Fusionsprozess zu beteiligen. Die heute in der Stadt Bern geltenden Arbeitsbedingungen und Löhne für die Angestellten im öffentlichen oder halböffentlichen Dienst sowie die beispielsweise in Ostermündigen geltenden Besitzstandsgarantien müssen unbedingt erhalten bleiben. Für die Angestellten von Gemeinden, deren aktuelle Arbeitsbedingungen in zentralen Bereichen schlechter sind, bedeutet dies, dass im Zuge der Fusion eine 'Angleichung nach oben' stattfinden muss. Die Garantie der Beschäftigung und des Lohns ist Voraussetzung für die Zustimmung zu einer möglichen Fusion. Die SP Stadt Bern lehnt folglich die in der Machbarkeitsstudie (auf Seite 37 der Synthese) angesprochene Lohnreduktion entschieden ab.

Auch eine durch Fusion erweiterte Stadt Bern soll sich als soziale Arbeitgeberin auszeichnen. Wenn sinnvoll und nötig sollen Umschulungen in neue Verwaltungsgebiete aktiv gefördert werden.

Finanzen

Die Studie zeigt, dass die Fusion insgesamt kein grosses Sparpotenzial bietet. Die SP teilt diese Einschätzung grundsätzlich.

Die Stadt Bern steht finanziell wesentlich robuster da als Ostermündigen. Der städtische Finanzhaushalt wird aber herausgefordert durch rückläufige Steuererträge und unabschätzbare, aber gewiss hohe Zusatzlasten der Coronavirus-Pandemie. In dieser Lage stellt die Fusion der Stadt Bern mit Regionsgemeinden eine sinnvolle und zukunftsgerichtete Investition dar. Sie wird den Wirtschaftsstandort Bern langfristig stärken, was sich positiv auf den Finanzhaushalt auswirken wird.

Die Machbarkeitsstudie bringt im Bereich Finanzen noch keine abschliessend Klärung. Hier gilt es, die ausgewiesenen Lücken zu schliessen. Es muss sichergestellt werden, dass die Kosten einer Fusion für die Stadt Bern so gering wie möglich gehalten werden. Der Fusionsprozess darf nicht zu Sparmassnahmen führen, insbesondere nicht zu Sparmassnahmen auf dem Buckel des Personals oder der finanziell schlechter gestellten Bevölkerung. Nur so kann die Stadtbevölkerung überzeugt werden, dass auch ihr Vorteile aus der Fusion entstehen.

Bezüglich des kantonalen Finanzausgleichs darf der fusionierten Gemeinde kein Nachteil erwachsen. Die Stadt Bern und die anderen Fusionsgemeinden müssen beim Kanton darauf hinwirken, dass dieser sich an den Kosten des Fusionsprojekts beteiligt. Der Kanton soll darüber hinaus die fusionswilligen Gemeinden bei der Sanierung vernachlässigter Infrastrukturen (Schulraum, Sportanlagen, Strassen usw.) unterstützen und dazu Hand bieten, die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen den Erfordernissen und Bedürfnissen der Fusionsgemeinden anzupassen.

Vereine und Soziokultur

Die Fusion bietet auch die Chance, soziokulturelle Projekte und Strukturen, wie sie in den Berner Quartieren gefördert werden, auch in den fusionierten Gemeinden einzuführen bzw. auszubauen. Dafür muss ein Gesamtkonzept erstellt werden, das die – vorhandene bzw. fehlende – Infrastruktur für die Soziokultur in den Quartieren aufzeigt. Für die Anschub- und längerfristige Finanzierung der Aufgaben und Projekte im soziokulturellen Bereich sind die erforderlichen Gelder dauerhaft bereit zu stellen.

Raum- und Verkehrsplanung

Die aktuelle Gemeindegrenze führt dazu, dass Planungen oftmals an Gemeindegrenzen enden. Gerade in der Raum- und Verkehrsplanung ist eine gemeindeübergreifende Sichtweise von grosser Bedeutung. Für die Stadt Bern eröffnet die Fusion mit Agglomerationsgemeinden die Chance, den dringend nötigen ökosozialen Umbau weiter voranzubringen. Das Ziel einer stadtverträglichen Mobilität ist nur erreichbar, wenn auch die Agglomerationen mitmachen und einheitliche Planungen im zusammenhängenden Siedlungsgebiet erfolgen. Die Planung über das regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept stellt eine minimale Koordination sicher, verhindert aber nicht, dass Verkehrsmassnahmen, Bauvorschriften oder Infrastrukturplanungen meistens kommunal beschlossen werden. Die Fusion würde eine einheitliche Planung im zusammenhängenden Siedlungsgebiet sicherstellen.

Die kommunalen Planungen und Bauvorschriften müssen energetisch nachhaltige, verdichtete, durchmischte und verkehrsreduzierte Siedlungsformen fördern und den MIV konsequent reduzieren. In der Wohnbau- und Siedlungspolitik ist die soziale Durchmischung oberstes Ziel. Es gilt, eine Segregation nach Einkommensklassen und Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

In der Raumplanung gelten für die neuen Stadtteile die gleichen Grundsätze, für die die SP schon immer steht: Grünräume erhalten, qualitativ hochwertig und intelligent verdichten, Zersiedelung stoppen. Einzonungen in bestehenden oder neuen "Aussenquartieren" wie Bümpliz oder

Ostermundigen werden dabei ebenso sorgfältig geprüft und gegebenenfalls geplant und umgesetzt. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk den Grünräumen und Naherholungsgebieten der Region. Das "grüne Band" soll als wesentliches Element des Landschaftsbildes und der Nutzungsvielfalt erhalten bleiben.

Fazit und weitere Schritte

Die SP Stadt Bern ist überzeugt, dass die Fusion aus den genannten Gründen die richtige und langfristig sinnvolle Perspektive für die Stadt Bern ist. Es überwiegen die Vorteile sowohl für Bern als auch für die ganze Region. Der nun eingeschlagene Weg soll weiterverfolgt werden. Es sind so rasch wie möglich Fusionsverhandlungen aufzunehmen und die in der Studie vorhandenen Lücken zu schliessen. Die gegenwärtig spürbare Dynamik der Diskussion soll genutzt und der Prozess prioritär behandelt werden. Für die nötige Akzeptanz braucht es den Einbezug der Bevölkerung sowie der politischen Gremien. Auch während der Fusionsverhandlungen sind alle interessierten Kreise einzubeziehen. Die SP wird sich weiterhin an den Diskussionen aktiv und konstruktiv beteiligen.

Mit Bedauern, aber auch Verständnis hat die SP Stadt Bern zur Kenntnis genommen, dass die vier an der Machbarkeitsstudie beteiligten Gemeinden Bolligen, Bremgarten b. Bern, Frauenkappelen und Kehrsatz ihre Konsultationsfristen verlängert haben. Die Stadt Bern und die Gemeinde Ostermundigen dürfen sich dadurch keinesfalls aufhalten lassen, den Prozess weiterzuführen. Wichtig ist allerdings auch in diesen zwei Gemeinden ein partizipativer Verhandlungsprozess, der breit abgestützt und demokratisch legitimiert ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der wirtschaftlichen und sozialen Verunsicherung darf die Überzeugungsarbeit nicht unterschätzt werden, die es braucht, um demokratische Mehrheiten für eine Gemeindefusion zu gewinnen. Dabei sollen die Türen für weitere Partnergemeinden unbedingt offen bleiben für Fusionsverhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt.

In Zeiten der Krise und Verunsicherung, wie wir sie aktuell erleben, sind zukunftsgerichtete Initiativen besonders wichtig. Die Fusion der Stadt Bern mit Ostermundigen und allfälligen weiteren Partnergemeinden ist eine solche Initiative: Sie eröffnet Perspektiven für die positive Entwicklung der Region Bern. Die Machbarkeitsstudie hat das längerfristige Potential einer solchen Entwicklung nachgewiesen. Um die Bevölkerung davon zu überzeugen, sind die Mitglieder der Gemeindeexekutiven in besonderem Mass gefordert. Die SP Stadt Bern wird den Gemeinderat der Stadt Bern bei dieser Überzeugungsarbeit nach Kräften unterstützen.

Freundliche Grüsse

Für die SP Stadt Bern



Daniel Rauch
Co-Präsident



Edith Siegenthaler
Co-Präsidentin



Michael Sutter
Parteisekretär

Konsultation Machbarkeitsstudie «Kooperation Bern»: Fragebogen (Organisation)

1. In welcher Gemeinde ist Ihre Organisation tätig? Geben Sie alle Gemeinden an, in denen Ihre Organisation tätig ist. *

- Bern
- Bolligen
- Bremgarten b. Bern
- Frauenkappelen
- Kehrsatz
- Ostermundigen
- In mehreren Gemeinden/überregional

Bitte geben Sie Namen und Adresse Ihrer Organisation an: *

Name der Organisation: Sozialdemokratische Partei der Stadt Bern (SP Stadt Bern)

Strasse: Monbijoustrasse 61 / Postfach 2947

Postleitzahl: 3001

Ort: Bern

2. Ganz generell: Helfen die Informationen der Machbarkeitsstudie Ihrer Organisation, um sich eine Meinung für oder gegen weitere Fusionsverhandlungen zu bilden? *

- Ja, helfen meiner Organisation
- Nein, helfen meiner Organisation nicht
- keine Antwort

3. Jetzt, wo die Machbarkeitsstudie vorliegt: Was denken Sie, hätte eine Fusion zwischen Bern, Bolligen, Bremgarten b. Bern, Frauenkappelen, Kehrsatz und Ostermundigen für die Gemeinde(n), in denen Ihre Organisation tätig ist, mit Blick auf die nächsten 20 Jahre eher Vorteile oder eher Nachteile? *

- Auf jeden Fall Vorteile
- Eher Vorteile
- Weder noch
- Eher Nachteile
- Auf jeden Fall Nachteile
- Weiss nicht/keine Antwort

4. Welche Vorteile sehen Sie besonders?

Die Region Bern ist zu einem funktionalen Raum zusammengewachsen, den die darin lebende Bevölkerung *gemeinsam* gestalten können soll. Die Fusion der Gemeinden schafft die politischen Institutionen und Rechte, die es dafür braucht.

Die Fusion erleichtert die Raumplanung und bietet die Chance, den dringend nötigen ökosozialen Umbau weiter voranzubringen und dabei die Mobilität stadtverträglich umzuformen (Verlagerung vom MIV hin zu ÖV, Fuss- und Veloverkehr).

Die Fusion erzeugt eine wirtschaftliche und soziale Dynamik, die sich sowohl auf den Umfang und die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen als auch auf die Arbeitsbedingungen des städtischen Personals positiv auswirken wird.

Mit der Fusion gewinnt die Kulturstadt Bern an Bedeutung und überregionaler Ausstrahlung. Ausserdem bietet die Fusion die Chance, das bestehende Partizipationsmodell der Stadt Bern weiterzuentwickeln und zu stärken.

5. Eine Fusion kann verschiedene Auswirkungen auf eine Gemeinde haben. Wo würde eine Fusion für die Gemeinde(n), in denen Ihre Organisation tätig ist, zu Vorteilen führen, wo zu Nachteilen? Wie ist das bei.... *

	Führt auf jeden Fall zu Vorteilen	Führt eher zu Vorteilen	Weder noch	Führt eher zu Nachteilen	Führt auf jeden Fall zu Nachteilen	Weiss nicht / keine Antwort
Wirtschaftliche Entwicklung	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bürgernähe	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sozialwesen und Integration	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politische Mitbestimmung	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
IT und E-Government	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
öffentliche Sicherheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der Gemeinde anstehende Investitionen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Gemeindeverwaltung/Schalterdienste	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Steuern und Finanzen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bedeutung des Raums Bern im Kanton und in der Schweiz	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Freizeit/Vereine/Dorf- und Quartierleben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schulwesen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verkehr/ÖV	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Werkhof/Strassenunterhalt/Abfallentsorgung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Raumplanung	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. Wie wichtig ist aus Sicht Ihrer Organisation, dass alle betroffenen Gemeinden neu als Stadtteil in einer fusionierten Stadt Bern eine gewisse Selbständigkeit haben? *

- sehr wichtig
- eher wichtig
- eher nicht wichtig
- gar nicht wichtig
- weiss nicht/keine Antwort

7. Und wie wichtig ist aus Sicht Ihrer Organisation, dass alle betroffenen Gemeinden neu als Stadtteil in einer fusionierten Stadt Bern innerhalb der folgenden ausgewählten Aspekte eine gewisse Selbständigkeit haben? *

	sehr wichtig	eher wichtig	eher nicht wichtig	gar nicht wichtig	weiss nicht
Gemeindeverwaltung/Schalterdienste	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung von Vereinen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schulwesen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitsprache bei Mobilitätsfragen	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitsprache bei Raumplanungsfragen	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung im eigenen Stadtteil (Stadtteilpartizipation)	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Förderung des Quartierlebens	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Sind aus Sicht Ihrer Organisation noch andere Vorschläge oder Punkte rund um die Selbständigkeit und Mitsprache wichtig?

–

– Um zu gewährleisten, dass die aufgenommenen Gemeinden angemessen im neuen Stadtrat vertreten sein werden, ist **die gleichzeitige parallele Stadtratswahl in allen ehemals selbständigen Gemeinden und im restlichen Stadtgebiet für eine Übergangszeit ratsam**. Als definitives Wahlmodell lehnt die SP Stadt Bern die Einrichtung von *Wahlkreisen* ab.

– **Im Gemeinderat ist während einer Übergangsphase ein Sitz für eineN gleichberechtigteN VertreterIn der aufgenommenen Gemeinde Ostermundigen zu reservieren. Dafür muss die Anzahl Mitglieder des Gemeinderates zwingend wieder auf sieben erhöht werden.**

– Die **Sozialpartner** müssen bei Fusionsverhandlungen oder anderen Kooperationsmodellen von Anfang an miteinbezogen werden. Die Mitarbeitenden im öffentlichen und halböffentlichen Dienst sowie der Leistungsvertragspartner (Kulturinstitutionen, VBG, DOK, TOJ etc.) sind fortlaufend zu informieren und in die Entscheidungen einzubeziehen.

– Die **Bürgernähe der Verwaltung ist zu stärken** und der Service public ist kundenfreundlich auszubauen.

– Die Strategien und Leistungen der Stadt Bern im Bereich **Gemeinwesenarbeit** gelten für das gesamte Stadtgebiet und berücksichtigen die Bedürfnisse aller Quartiere. Institutionen mit einem gesamtstädtischen Auftrag werden bei den zusätzlichen Aufgaben, welche durch das erweiterte Handlungsgebiet entstehen, aktiv und finanziell von der Stadt unterstützt. Bestehende identitätsstiftende Angebote der zu fusionierenden Gemeinden sind zu erhalten.

– Im Rahmen des Fusionsprozesses müssen **eigenständige Initiativen der Bevölkerung** in den Stadtteilen von den Behörden unterstützt werden. Gelungene Beispiele für solche Initiativen in der Stadt Bern sind z. B. das Bienzgut, der Progr und die Alte Feuerwehr Viktoria.

– Für das Gebiet der fusionierten Gemeinde muss ein **Gesamtkonzept** erstellt werden, das die Infrastruktur für die Soziokultur in den Quartieren aufzeigt (z. B. die Spielplätze, Kinder- und Jugendtreffs, Familienangebote und Anlaufstellen für Gemeinwesenarbeit, Quartierzentren etc.).

– Für die Anschub- und längerfristige Finanzierung der Aufgaben und Projekte im soziokulturellen Bereich sind die erforderlichen Gelder dauerhaft bereit zu stellen. Denkbar ist die **Äufnung eines Fonds** (analog zum Gfellerfonds).

– Der bedeutende Teil der Bevölkerung, der in Stadt und Agglomeration Bern lebt und Steuern bezahlt, aber **nicht stimmberechtigt** ist, muss in den Prozess der Mitwirkung bei der Fusion der beiden Gemeinden einbezogen werden. Diese Personen sollen auch bei der Stadtteilpartizipation angemessen mitdiskutieren und mitentscheiden können.

9. Falls es in den Gemeinden, in denen Ihre Organisation tätig ist, zu einer Fusion käme: Welche lokalen Eigenheiten dieser Gemeinden sollten unbedingt erhalten bleiben?

–

Lokale identitätsstiftende Symbole und Strukturen sollen neben den neuen gesamtstädtischen Symbolen und Strukturen beibehalten werden können, sofern dies die lokale Bevölkerung wünscht. Dies gilt beispielsweise für besondere Trefforte, Vereine und ihre Aktivitäten, die Postleitzahl, das Ortsschild oder auch die Fahne.

10. Haben Sie weitere wichtige Anmerkungen oder Fragen, die Sie gerne festhalten möchten?

Dann können Sie uns diese entweder per mail: konsultation@gfsbern.ch zukommen lassen, ins nachfolgende Textfeld eingeben, oder hier direkt Dokumente hochladen.

– **Bezüglich des kantonalen Finanzausgleichs darf der fusionierten Gemeinde kein Nachteil erwachsen. Der Kanton soll sich an den Kosten des Fusionsprojekts beteiligen** und darüber hinaus die fusionswilligen Gemeinden bei der Sanierung vernachlässigter Infrastrukturen (Schulraum, Sportanlagen, Strassen usw.) unterstützen und dazu Hand bieten, die gesetzgeberischen Rahmenbedingungen den Erfordernissen und Bedürfnissen der Fusionsgemeinden anzupassen.

– Die Gemeindefusion muss **Vorteile bringen bei der koordinierten Planung und Entwicklung** von Wohn- und Gewerbearealen und öffentlicher Infrastruktur. Dank dieser können bei aktuell gemeindeübergreifenden Projekten, wie dem Entwicklungsschwerpunkt Wankdorf oder der Siedlungserweiterung Ost, die Bevölkerung besser miteinbezogen und deren Bedürfnisse besser berücksichtigt werden. Ebenso soll die Bevölkerung vom **Wegfall willkürlicher Grenzen** wie jener zwischen dem Burgfeld- und dem Wald-eckquartier profitieren können, indem zukünftig die lebensweltlichen und funktionalen mit den administrativen Grenzen übereinstimmen.

– Um ihren Handlungsspielraum zu erweitern und der Spekulation entgegenzuwirken, muss die öffentliche Hand (bzw. der Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik) aktiv werden und **zusätzliche Liegenschaften erwerben** – auch auf dem Gebiet von neu integrierten Gemeinden.

– Der in der städtischen Wohnbauinitiative formulierte **Mindestanteil gemeinnütziger Wohnungen** muss bei einer Fusion erhalten oder gar noch erhöht werden. Dazu ist als erstes eine genaue Analyse der Eigentumsverhältnisse zu erstellen.

– Bei Fusionen mit anderen Gemeinden werden **keine Kündigungen im öffentlichen und halböffentlichen Dienst** ausgesprochen. **Lohnsenkungen lehnt die SP Stadt Bern ab, denn sie verstossen gegen den Grundsatz von Treu und Glauben.** Falls erforderlich, werden Stellen durch ordentliche Pensionierungen bzw. Fluktuationen abgebaut, wobei diese zusätzlichen Kapazitäten für eine Verbesserung des Service public einzusetzen sind. Ungeachtet der Kooperationsmodelle gelten für alle Beteiligten die Arbeitsbedingungen und arbeitsbezogenen Leistungen der Stadt Bern (z. B. bezüglich Pensionsalter, Ferien etc.).

Und zum Schluss: Dürfen wir Ihnen weitere Informationen zum Projekt Kooperation Bern zukommen lassen?

Wenn ja, geben Sie uns bitte Ihre E-Mailadresse an.

Wünsche keine weiteren Informationen.

E-Mailadresse: bern@spbe.ch